

Massenbewegung gegen Macrons Schleifen des frz. Rentensystems

Die landesweiten Demonstrationen aller (!) französischen Gewerkschaftsbünde (inklusive der rechtssozialdemokratischen, in der Regel obrigkeitshörigen CFDT und der christlichen CFTC !) am Donnerstag, den 19. Januar 2023 gegen die geplante Gegenreform des Rentensystems mit der Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre sowie der notwendigen Beitragsjahre waren mit einer Million (laut den Flics) bzw. zwei Millionen (laut den Veranstaltern) die größten Manifestationen der Macron-Ära. Und auch die Streiks diverser Teile des Öffentlichen Dienstes zeichneten sich (trotz nicht vorhandener Streikgelder !) durch eine hohe Beteiligung aus.

Die französische Arbeiterbewegung reiht sich damit in die immer länger werdende Liste von Mobilisierungen und Kämpfen der Lohnabhängigen in Griechenland, Großbritannien, Belgien, Portugal, Peru, Argentinien, USA, Südkorea und anderswo ein.

Zur Bewegung in Frankreich im Folgenden unsere Übersetzung des entsprechenden Artikels vom 20.1.2023 aus der italienischen kommunistischen Online-Tageszeitung "**Contropiano**", die vom Rete dei Comunisti (dem aus der Arbeiterautonomie-Revolte von 1977 / 78 hervorgegangene Netzwerk der Kommunisten) herausgegeben wird der größten Basisgewerkschaft USB nahesteht.

Danach beschäftigt sich das linke französische Onlineportal "**Rapports de Force**" am 18. 1.2023 mit der Frage, wie es nach dem Aktionstag weitergehen soll.

Zum Abschluss unserer kleinen Artikeltrilogie der (am 19. Januar 2023 verfasste) Leitartikel zum Lohn- & Rentenkampf aus der Wochenzeitung "**Lutte Ouvrière**" ("Arbeiterkampf) der gleichnamigen größten Organisation der französischen revolutionären Linken. LO betreibt eine intensive Betriebsarbeit und verfügt insbesondere im Gewerkschaftsbund Force Ouvrière (FO) über eine gewisse Verankerung.

Eines ist in jedem Fall bereits klar: Die französischen Gewerkschaftsbünde planen für den 31. Januar 2023 bereits einen weiteren Aktionstag.

Vorwort des Gewerkschaftsforum Hannover vom 21.1.2023

"Contropiano" 20. Januar 2023 (7:09)

Frankreich. Auf der Straße gegen Macron und die Rentenreform

Francesco Napoleoni - Paris

Am ersten wirklichen Tag der nationalen Mobilisierung gegen die Rentenreform - die von der Europäischen Kommission "empfohlen" wurde und deren "eifriger Vollstrecker" Macron ist, um Jean-Luc Mélenchon zu zitieren - sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Fast 2 Millionen Menschen gingen in allen Städten auf die Straße, um gegen einen weiteren Angriff auf die Rechte der Werktätigen und den Abbau des französischen Sozialstaats zu demonstrieren.

Der Generalstreik, zu dem acht Gewerkschaften - CGT, Solidaires, FO, FSU, CFE-CGC, CFTC, UNSA und sogar die bekannte "gelbe Gewerkschaft" CFDT - aufgerufen hatten, verzeichnete eine hohe Beteiligung in allen produktiven und sozialen Sektoren, die mit dem "historischen" Aktionstag vom 5. Dezember 2019 vergleichbar ist, als ganz Frankreich durch Streiks und Demonstrationen lahmgelegt wurde.

In Paris sprechen die Organisatoren von 400.000 Demonstranten (80.000 nach Angaben des Innenministeriums), aber auch in anderen französischen Städten - von Marseille bis Lyon, von Bordeaux bis Grenoble, von Lille bis Nantes - zogen dicht gedrängte Demonstrationen durch die Straßen und auf die Plätze, die von der sozialen Wut gegen die Regierung von Élisabeth Borne überquollen.

Auf Twitter bedankte sich die französische Premierministerin angesichts der teilweise ozeanischen Demonstrationen, die gestern stattfanden, lieber *"für das Engagement der Ordnungskräfte, die es ermöglicht haben, dass die Demonstrationen unter guten Bedingungen stattfanden"*. Die Angst wächst auch in den Räumen einer "Minderheitsregierung", die sich mit der punktuellen Unterstützung des Rassemblement National von Marine Le Pen über Wasser hält.

Die Regierung, die sich bereits in einer Legitimationskrise befindet und gezwungen ist, auf den berühmten Artikel 49.3 zurückzugreifen (der die Verabschiedung eines Gesetzes ohne Abstimmung in der Nationalversammlung ermöglicht), um das Finanzgesetz zu verabschieden, kann sich nur noch auf polizeiliche Repressionen auf der Straße und gewerkschaftliche Aktionen am Arbeitsplatz stützen, um zu versuchen, die Mobilisierung einzuschüchtern und zu schwächen.

Präsident **Macron** verteidigte auf einer offiziellen Reise nach Barcelona "seine" Rentenreform, bezeichnete sie als *"gerecht und verantwortungsvoll"* und erklärte, dass sie *"mit Entschlossenheit"* fortgesetzt werde. Es ist geplant, das

Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre anzuheben und die für den Erhalt des vollen Satzes erforderliche Beitragszeit auf 43 Jahre zu verlängern.

Laut einer Studie des Institut National de la Statistique et des Études Économiques (**INSEE**) über die Sterblichkeit der Franzosen nach Einkommensgruppen wäre ein Viertel der ärmsten Männer bereits mit 62 Jahren tot (fünfmal mehr als die reichsten 5 %) und ein Drittel mit 65 Jahren. Bei den Frauen würden etwa 13 % der Ärmsten vor dem 62. Lebensjahr sterben.

Wie **Patrick Aubert**, Forscher am Institut des Politiques Publiques, hervorhebt, wird sich die Situation für die nach 1974 Geborenen sogar noch verschlechtern, da die Hälfte derjenigen, die bis zum 67. Lebensjahr warten müssen, um den *"vollen Satz"* zu erreichen, zu den ärmsten 25 % der Bevölkerung gehören.

Kurz gesagt, die Linie der Regierung ist klar: mehr arbeiten, unter schlechteren und instabileren Bedingungen, während die allgemeine Unsicherheit und die wachsende Arbeitslosigkeit die *"berufliche Kontinuität"* immer schwieriger machen, um eine *"beitragspflichtige Regelmäßigkeit"* zu erreichen.

Andererseits sind **die Parolen des Protests** ebenso klar: die vollständige und sofortige Rücknahme der Rentenreform, das Recht, mit 60 Jahren und bei guter Gesundheit in Rente zu gehen, die Verteidigung der *"Sonderregelungen"* zum Schutz derjenigen, die harte Arbeit leisten. Nicht zu vergessen die Lohnerhöhungen, die Besteuerung der Superprofite der multinationalen Konzerne und konkrete Maßnahmen zur Verteidigung der Kaufkraft gegen die galoppierende Inflation.

In den Raffinerien der TotalEnergies-Gruppe, die bereits zu Beginn des Herbstes im Mittelpunkt der Mobilisierung für Lohnerhöhungen standen, lag die Streikbeteiligung bei über 80%. Und gerade von der CGT-Energie kommt der Vorschlag, den Protest mit neuen Streiktagen in einem strategischen Sektor wieder aufzunehmen und auszuweiten, in dem es möglich ist, ein günstiges Kräfteverhältnis für die Forderungen der Gewerkschaften gegenüber den Bossen und der Regierung der Reichen zu schaffen.

In einem Kommuniqué hob die Bergbau- & Energiegewerkschaft Fédération nationale Mines-Energie der CGT (**FNME-CGT**) die Entschlossenheit der Arbeiter in der Strom- und Gasindustrie angesichts der Renten-Gegenreform hervor und betonte

die Notwendigkeit einer *"kollektiven, mobilisierenden, koordinierten und vor allem offensiven Kampfstrategie"*. In ihrem "Schlachtplan" gegen die Rentenreform vertritt die FNME-CGT die absolute Notwendigkeit, zu einem erneuten Streik überzugehen, der *"in allen Arbeitsstätten des föderalen Sektors und mit den anderen Berufssektoren, insbesondere mit den anderen CGT-Verbänden"* koordiniert werden müsse.

Die Erdölsparte der Chemiewerkschaft Fédération Nationale Industries Chimique der CGT (**FNIC-CGT**) hat ihre nächsten Mobilisierungstermine für *"alle Produktions- und Vertriebsstandorte sowie für das Verwaltungspersonal"* angekündigt: einen 24-stündigen Streik am 19. Januar, einen 48-stündigen Streik am 26. desselben Monats und einen 72-stündigen Streik am 6. Februar, wobei die Möglichkeit einer vollständigen Lahmlegung der Raffinerien nicht ausgeschlossen ist.

Der andere wichtige Sektor, der von dem Streik betroffen war, war der öffentliche Nah- und Regionalverkehr: Mehrere Pariser Metrolinien wurden vollständig geschlossen und viele waren nur zu den Hauptverkehrszeiten in Betrieb, während weniger als ein Drittel der TGV-Züge und ein Zehntel der TER-Züge auf dem gesamten französischen Staatsgebiet verkehrten. Hinzu kommen die Hafenwirtschaft, das Bildungswesen (70 % der Sekundarschullehrer streiken) und die öffentliche Verwaltung.

Der nächste Aktionstag gegen die Rentenreform wird am Dienstag, dem 31. Januar, stattfinden, wie von der Intersindacale ((d.h. das Bündnis der acht Gewerkschaftszentralen)), die den gestrigen Streik unterstützt hat, beschlossen wurde. Die **CGT** wollte, dass sie am 26. Januar stattfindet, doch am Ende setzte sich die **CFDT** durch. **Mehrere Gewerkschaften und soziale Organisationen** riefen auch zu lokalen Demonstrationen für Montag, den 23. Januar, auf, wenn das Rentenreformprojekt dem Ministerrat vorgelegt wird.

Für Samstag, den 21. Januar, hat **La France Insoumise** gemeinsam mit mehreren Jugendorganisationen eine landesweite Mobilisierung gegen die Rentenreform in Paris gestartet, um den Kampf der Gewerkschaften auszuweiten und zu verlängern.

Ce n'est que le début... (Dies ist erst der Anfang...)

Übersetzung aus dem Italienischen + Einfügung in eckigen Klammern:
Gewerkschaftsforum Hannover

Nach dem 19. Januar: Welche Strategie, um die Rücknahme der Rentenreform zu erreichen?

Guillaume Bernard + Stéphane Ortega

Die Exekutive möchte ihre Rentenreform in der zweiten Märzhälfte vom Parlament verabschieden lassen. Den Mobilisierungen bleiben also noch acht Wochen, um einen Rückzieher der Regierung zu erreichen. Welche Optionen werden am Abend des 19. Januar von der vereinten gewerkschaftsverbände diskutiert?

"Die Herausforderung besteht darin, gegen diese Reform zu gewinnen. Die ersten Rückmeldungen zeigen uns, dass der 19. Januar ein starker Tag sein wird. Die Idee ist, dass nach diesem Tag andere Arbeiter sagen, dass auch sie rausgehen können", erklärt Marie Buisson. Für die Kandidatin für die Nachfolge von Philippe Martinez an der Spitze der CGT besteht die wichtigste Frage darin, "die Werktätigen davon zu überzeugen, dass wir gewinnen können". Und das, weil viele von ihnen potenziell mobilisiert werden können, denn "90 % der Erwerbstätigen sind gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre und 60 % sind der Meinung, dass selbst 62 Jahre zu spät ist".

"Der 19. Januar wird stark sein, die Kollegen sind massiv gegen diese Rentenreform und wollen das auch zeigen. Andererseits spürt man noch mehr als sonst, dass sie nicht glauben, dass wir gewinnen werden. Es ist aber schwierig, einen Streik durchzuhalten, wenn die Leute nicht daran glauben", schränkt **Benôit Teste**, der Generalsekretär der FSU, ein.

Nach dem 19. Januar schnell handeln

Für die Gewerkschaften bleibt die Aufgabe, den richtigen Rhythmus zu finden, um die Reihen der Proteste nach dem 19. Januar zu vergrößern. Denn die Regierung schreitet ihrerseits voran. Am Montag, den 23. Januar, wird der Gesetzentwurf im Ministerrat vorgestellt. Ab dem 6. Februar wird er in der Nationalversammlung in einer öffentlichen Sitzung diskutiert, und Ende März soll er verabschiedet werden. Wenn nicht sogar früher. Die Regierung hat sich nämlich dafür entschieden, einen Entwurf des Haushaltskorrekturgesetzes der Sozialversicherung zu nutzen, um ihre Reform durchzusetzen. Dies hat für sie zwei Vorteile. Erstens gibt es bei Haushaltstexten keine Grenze für den Einsatz eines Verfassungsartikels 49-3. Es wird ihm also möglich sein, die Verabschiedung zu beschleunigen, um einen

parlamentarischen Guerillakrieg zu vermeiden oder soziale Bewegungen zu überrumpeln. Zweitens ermöglicht dieser Haushaltsgesetzentwurf eine schnelle Prüfung des Textes: 20 Tage in der Nationalversammlung, 15 Tage im Senat.

Diese Terminvorgabe veranlasst einige Gewerkschaftsorganisationen dazu, schnell Folgemaßnahmen zu ergreifen, obwohl sich das Gewerkschaftsbündnis am Donnerstagabend treffen wird. *"Wir sind für einen baldigen Termin, nicht um zwei oder drei Wochen zu warten"*, so **Marie Buisson** von der CGT, die vor allem darauf bedacht ist, *"Zeit zu haben, um so viele Arbeiter wie möglich mitzunehmen"*. Aber während dieser Vorschlag im letzten Rentenkonflikt, der von den Gewerkschaften CGT, Solidaires, FSU und FO geführt wurde, selbstverständlich war, ist er diesmal aufgrund der Präsenz der CFDT weniger selbstverständlich. Die kämpferischen Gewerkschaften müssen daher die Streikkarte ausspielen, ohne ihren momentanen Gefährten, der mit dieser Art von Aktionen weniger vertraut ist, zu verschrecken.

Marie Buisson versichert zwar, dass die CGT nicht mit einem schlüsselfertigen Datum zum Treffen der Intersyndikalisten gehen wird, aber der Donnerstag, der 26. Januar, kursiert als eine der Optionen innerhalb der konföderalen Führung. *"Es ist sehr wahrscheinlich, dass es ab nächster Woche einen Streik geben wird. In der FSU sind wir dafür"*, bestätigt **Benoît Teste** von der FSU.

Ein Gleichgewicht zwischen den Sektoren finden

Wird ein einziger Streiktag pro Woche ausreichen, um die Regierung zum Rückzug zu bewegen? Niemand glaubt daran, und **einige Verbände der CGT** haben bereits längere Streiks angekündigt, verbunden mit Vorschlägen für Fortsetzungen. Dies gilt für die **Chemiegewerkschaften**, die einen 48-stündigen Streik ab dem 26. Januar und einen 72-stündigen Streik am 6. Februar ankündigen, sowie für die **Energiegewerkschaft**, die ab dem 19. Januar zu einem verlängerbaren Streik aufruft.

Der Gewerkschaftsbund **CGT**, der die Proteste auf alle Beschäftigten ausweiten will, um den Kampf zu gewinnen, ist der Ansicht, dass er den Streikkalender nicht allein auf diese Sektoren ausrichten kann, auch wenn seine Gewerkschaften dort stark sind. Zumal ein Teil der Verbände, die die Streiks 2019 gegen die vorangegangene Reform (RATP, SNCF, Raffinerien) angeführt oder die nächsten branchenbezogenen Termine vorgezogen haben, *"spüren müssen, dass eine Masse vorhanden ist, und sagen uns, dass sie keinen Stellvertreterstreik wollen"*, erklärt **Marie Buisson**. Für

sie kann das Szenario nicht lauten: "Drei Branchen, die den Kampf für die anderen führen".

Die **CGT** möchte also zwischen Sektoren, die schneller voranschreiten wollen, und anderen, in denen die Gewerkschaften größere Schwierigkeiten mit der Mobilisierung haben, wählen. Um dies zu erreichen, muss man die Realität vor Ort genau kennen. So wird am 19. Januar mehr auf die Höhe der Streiks in den Unternehmen geachtet als auf die Zahl der Demonstranten. *"Wenn uns am Donnerstag viele Firmen gemeldet werden, in denen es heiß hergeht und über eine Verlängerung diskutiert wird, ist das nicht dasselbe, wie wenn wir einen massiven 19. Januar haben, aber Gewerkschaften, die uns sagen, dass sie noch etwas Zeit brauchen, um zu diskutieren. Und einen weiteren Tag, um zu mobilisieren"*, erklärt **Marie Buisson**.

Streiks und Demonstrationen am Wochenende miteinander verbinden

Neben der Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen den Sektoren zu finden, muss auch ein Gleichgewicht innerhalb der gewerkschaftsübergreifenden Organisation gefunden werden. Die CFDT hat ihre Optionen bereits deutlich gemacht: Mobilisierungen an Wochenenden. *"In der CFDT vereinen wir viele Arbeitnehmer aus der zweiten Reihe, die am stärksten von der Reform betroffen sein werden. Wir werden der Gruppe der Gewerkschaftsbünde Mobilisierungen am Wochenende vorschlagen, damit sie teilnehmen können"*, sagte ((CFDT-Chef)) **Laurent Berger** am Montag, den 16. Januar, auf "France Info".

Eine Option, die am Donnerstagabend geprüft werden soll. In der Zwischenzeit ist die **CGT-Führung** dem Vorschlag einer gewerkschaftlichen Mobilisierung an einem Samstag gegenüber nicht abgeneigt, um eine breitere Mobilisierung zu ermöglichen. Allerdings nur unter der Bedingung, dass diese in der Dynamik der Initiierung von Streiks verankert bleibt. Eine Meinung, die auch von der **Union syndicale Solidaires** und der **FSU** geteilt wird. *"Wir haben noch nicht genug Vertrauen in das Mobilisierungsniveau der Kollegen, um zwei Streiktage in derselben Woche anzusetzen. Wir sind jedoch dafür, dazu aufzurufen, zwei starke Aktionen pro Woche durchzuführen, darunter einen Streik"*, schlägt **Benoît Teste** vor.

Die Gewerkschaft, deren Mitglieder hauptsächlich aus Lehrern bestehen, könnte auch von den bevorstehenden Schulferien betroffen sein, die je nach Gebiet zwischen dem 4. Februar und dem 6. März stattfinden werden. *"Das beunruhigt uns nicht sonderlich. Es wird immer eine von drei Zonen arbeiten und es sind keine*

Ferien, in denen die Leute weit weg fahren", sagt der Generalsekretär der FSU. Dennoch wird dies ein Teil der Gleichung mit vielen Unbekannten sein, die die Gewerkschaften am Abend der Mobilisierung am 19. Januar lösen müssen.

Übersetzung aus dem Französischen + Einfügungen in doppelten Klammern:
Gewerkschaftsforum Hannover

"Lutte Ouvrière" Nr. 2842 - 20. Januar 2023

Editorial:

Für die Löhne, für die Renten, der Kampf muss ausgeweitet werden!

Nathalie Arthaud

Diese Aktion sollte die Arbeiter k.o. schlagen. Nun, die Ankündigung der Rente mit 64 hat das Gegenteil bewirkt: Millionen Arbeiter sind wütend über diesen neuerlichen Angriff. Das zeigte sich am 19. Januar im ganzen Land, wo die Zahl der Demonstranten in großen und kleinen Städten außergewöhnlich hoch war und die Zahl der Demonstranten früherer Bewegungen oftmals bei weitem übertroffen wurde. Auch die Zahl der Streikenden war in vielen Betrieben außergewöhnlich hoch.

Es war in der Tat wichtig, so viele wie möglich zu sein, um unseren Widerstand gegen diesen neuen Schlag zum Ausdruck zu bringen. Sobald es um die Bedürfnisse der Werktätigen geht, erklärt man uns, dass es kein Geld mehr gibt. Es gibt kein Geld für die Löhne. Es gibt kein Geld für die Krankenhäuser. Es gibt kein Geld für Schulen oder öffentliche Verkehrsmittel... Und jetzt soll es auch noch für die Renten fehlen. Die Regierung und die Arbeitgeber lachen uns aus!

Um die Gesundheitskrise zu überstehen, haben Macron und Le Maire, sein oberster Kassenwart, über 200 Milliarden Euro aufgetrieben. Um die berühmte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern, schenken sie ihnen jedes Jahr 160 Milliarden an Steuerbefreiungen. Das jüngste Konjunkturprogramm sieht vor, innerhalb von zwei Jahren 100 Milliarden auf den Tisch zu legen... Kurzum: Gewinne und staatliche Beihilfen, das Geld fließt in Strömen für die Großbourgeoisie. Und für ein Rentendefizit, das sich zwischen 10 und 15 Milliarden jährlich bewegen soll, soll es keine Lösung geben?

Das Problem der Rentenfinanzierung ist keine demografische Frage. Ist es in Stein gemeißelt, dass die Renten von den Erwerbstätigen, d. h. von den Arbeitern, bezahlt werden müssen? Warum werden nicht die immer noch astronomischen Gewinne und Dividenden angezapft? Das wäre wahre Gerechtigkeit.

Unsere Arbeit und unser Schweiß sichern der Bourgeoisie ein Vermögen. Sie sichern den Lebensstandard ganzer privilegierter Familien und ihrer Sprösslinge über Generationen hinweg. Sie verfügen über all dieses Geld von der Wiege bis zur Bahre und haben keine Probleme mit der Rente. Das Mindeste, was sie tun können, ist, dass dieser Reichtum auch dazu dient, den Arbeitern, die ihn erwirtschaftet haben, ihre verdiente Ruhe zu sichern.

Das Problem bei der Finanzierung der Renten ist, dass die Großbourgeoisie nicht zahlen will. In den meisten Unternehmen haben sich die Arbeitgeber sogar geweigert, die Grundgehälter in Höhe der Inflation zu erhöhen!

Die Bourgeoisie gibt zig Millionen aus, um sich Jets, Yachten und Paläste zu kaufen. Aber Geld in die Hand zu nehmen, um den Arbeitern, die sie ausgebeutet haben, einen angemessenen Lebensabend zu sichern, ist ein No-Go. Solange sie die Arbeitsbedingungen herunterfahren, die Ausbeutung intensivieren und der arbeitenden Bevölkerung ihre Rechte nehmen können, werden sie das tun.

Viele Arbeiter werden nicht die Kraft haben, bis 64 zu arbeiten, oder nicht in der Lage sein, 43 Jahre in die Rentenkasse einzuzahlen. Sie werden daher keine volle Rente erhalten. Macron und seine Untergebenen wissen das. Genauso wie sie wissen, dass das Alter von 64 Jahren der Lebenserwartung bei guter Gesundheit entspricht und dass 30 % der Ärmsten in diesem Alter bereits gestorben sind.

Aber sie haben keine Skrupel. Sie ziehen wieder gegen die Renten in den Krieg, weil es in dieser Gesellschaft eine Regel ist: Das Vermögen der Kapitalisten muss wachsen, immer und immer wieder. Das meiste Geld muss an die Größten, die Reichsten, die Aktionäre, die Großbourgeoisie gehen, auch wenn ein Großteil davon in der Spekulation landet.

Um diejenigen einzuschüchtern, die sich auf eine Mobilisierung vorbereiten, prangern Minister und Arbeitgeber die Blockaden und das Chaos an, die daraus entstehen

könnten. Als ob sie nicht selbst die Ursache für das wachsende Chaos wären, indem sie den Geschäftemachern und Spekulanten freie Hand lassen!

Es gilt also, sich zahlreich gegen diesen neuen Angriff zu erheben und gemeinsam den Kampf aufzunehmen, die Privatwirtschaft mit der öffentlichen Hand, die jüngeren zusammen mit den älteren Arbeitern.

Einige, vor allem junge Menschen, sagen sich, dass der Planet abgebrannt sein wird oder ein Krieg ihn verwüsten wird, bevor sie in Rente gehen. Es stimmt, dass wir von noch größeren Krisen und Gefahren bedroht werden. Aber nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter jeden einzelnen Angriff und jede einzelne Ungerechtigkeit mit Händen und Füßen bekämpfen, werden sie die Kraft finden, die gesamte Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen.

Der bevorstehende Kampf wird mehr als einen Tag der Mobilisierung erfordern. Um zu gewinnen, muss es eine massive Bewegung geben, die den Kapitalisten an die Gurgel geht und sie einen allgemeinen Flächenbrand befürchten lässt. Derzeit sind sich alle Gewerkschaften einig. Aber wir können uns nicht blind auf sie verlassen.

Um sich zu entwickeln, muss die Mobilisierung von den Arbeitenden an der Basis propagiert und kontrolliert werden. Der Erfolg dieses ersten Tages darf nur ein erster Schritt sein. Wenn es uns Arbeitern gelingt, alle unsere Kräfte zu mobilisieren, werden wir Macron und die Arbeitgeber zum Rückzug zwingen.

Übersetzung aus dem Französischen: Gewerkschaftsforum Hannover

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften kündigen Widerstand an](#)